

Waffen und Ausbildung

Zur Debatte um Waffenlieferungen

Deutschland sitzt, zum Teil selbst verschuldet; zwischen verschiedenen Stühlen:

- Der Angriff auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und muss geahndet werden.
- Die deutsche Abhängigkeit von russischen Rohstoffen und Energie verhindert die stärkste Sanktion, einen Importstopp.
- Bisher galt auf Grund der deutschen Geschichte: Keine Waffen in Spannungsgebiete.
- Die russische Warnung vor einem Atomkrieg, oder dritten Weltkrieg, ist einerseits Säbelrasseln, aber andererseits weiß man bei einem Falschspieler nie, wie weit er geht, vor allem, wenn er die Korrektive (freie Presse und Kritik) ausgeschaltet hat.
- Das Leid der Menschen in der Ukraine rührt jeden anständigen Menschen, darf aber nicht zu übereilten Maßnahmen führen, die die weltweite Kriegsgefahr erhöhen.
- die Einigkeit der Europäischen Union und ihrer Verbündeten sollte nicht durch Alleingänge gefährdet werden.
- Unterschiedliche Abhängigkeiten von russischer Energie erschweren gemeinsame und damit wirkungsvollere Sanktionen.

In dieser schwierigen Situation stellt Deutschland erschrocken fest, dass es die Bundeswehr (wie viele andere Infrastruktur-Einrichtungen, etwa die Bahn, oder Sirenen) zu lange vernachlässigt hat und verkündet nun große Summen in die Aufrüstung zu stecken. Das ist verständlich, aber keine Lösung für den Überfall auf die Ukraine.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat zunächst einmal gezögert der Ukraine schwere Waffen zu liefern, obwohl diese aus verständlichen Gründen drängelte. Wenn er diese Zeit brauchte, um sich eine Meinung zu bilden und die Vor- und Nachteile abzuwägen, oder sich mit Partnern abzustimmen, dann ist ein Teil der Kritik an seinem Zögern nur Gemeckere.

In dem Offenen Brief an Olaf Scholz werden vor allem zwei Argumente gegen die Lieferung Schwerer Waffen angeführt:

- Die Lieferung Schwerer Waffen könnte – wenn es Putin gefällt – als Eintritt einer Kriegspartei gedeutet werden. - Das ist einerseits unbefriedigend, denn man will dem Aggressor nicht die Entscheidung über die eigenen Handlungen gestatten. Andererseits besteht die Gefahr, dass dadurch Deutschland in diesen Konflikt hinein gezogen wird, was zum Bündnisfall für die Nato und damit zum Weltkrieg führen könnte. Putin pflegt offenbar gezielt das Image des Unberechenbaren.

- Mit Blick auf die Bevölkerung der Ukraine und deren Leid durch die Kämpfe fragen die Autoren, ob man durch die Lieferung nicht den Krieg und das Leid verlängere.

Statt dessen drängen die Autoren (die Politik) für einen raschen Waffenstillstand zu sorgen.

Ein Waffenstillstand wäre der erste Schritt um weiteres Leid zu verhindern. Da Russland – soviel man weiß – seine Ziele nicht erreicht hat, ist allerdings fraglich, ob es sich darauf einlassen wird. Dabei spielt eine Rolle, dass Russland einerseits von den Sanktionen getroffen wird, und andererseits, dass es über eine große Armee verfügt, auch, wenn die nicht besonders schlagkräftig zu sein scheint. Solange Russland noch Hoffnung hat seine Ziele zu erreichen, kann es ziemlich lange Krieg führen und sich vor Verhandlungen drücken.

Die Ukrainer sind dagegen verhältnismäßig machtlos, weil sie Russland nicht an den Verhandlungstisch zwingen können. Da hat der Rest der Welt schon eher Möglichkeiten Russland durch Sanktionen zu drängen, obwohl die Führung davon wenig merken dürfte, sondern es – wie meist – die kleinen Leute trifft.

Scholz sagte zum Brief am 1. Mai laut Süddeutscher Zeitung: *"Wir werden die Ukraine unterstützen, damit sie sich verteidigen kann" []*. Er respektiere jeden Pazifismus, so Scholz weiter, *"aber es muss einem Bürger der Ukraine zynisch vorkommen, wenn ihm gesagt wird, er solle sich gegen die Putin'sche Aggression ohne Waffen verteidigen. Das ist aus der Zeit gefallen."*

Das ist nun keine rhetorische Glanzleistung, denn die Autoren des Briefes drängen doch darauf das Leid zu beenden, indem man so schnell, wie möglich, einen Waffenstillstand anstrebt. Es wird nirgends gefordert, dass sich die Ukraine ohne Waffen verteidigen solle. Sondern man warnt nur davor, dass die Lieferung Schwerer Waffen unter Umständen den Krieg ausufern lassen könnte, also das Leid in der Ukraine verlängern und im Falle eines 3. Weltkrieges weit darüber hinaus verbreiten könnte. Den Autoren geht es darum, dass man nicht durch die Lieferung der Schweren Waffen sozusagen Öl ins Feuer gieße. Und sie erinnern daran, dass vielleicht noch nicht alle diplomatischen Möglichkeiten ausgereizt wurden.

Dem Andersdenkenden zu unterstellen, dass er aus der Zeit gefallen sei, ist plump. Wann sollte sich Pazifismus bewähren, wenn nicht in Kriegszeiten? Im Frieden kann jeder Pazifist sein.

Dass die Debatte über den Brief häufig ins Flegelhafte abgeleitet ist nicht schön, aber angesichts der „Debatten-Kultur“ auf so genannten „Sozialen“ Medien kein Wunder.

Es ist jedoch bedenklich, wenn der Ukraine-Krieg alte Reflexe auslöst, egal ob bei Kommentatoren, oder in der Politik, die sich plötzlich mit militärischen Maßnahmen zu überbieten versucht. Da muss man darauf hin weisen, dass Waffen keine Probleme lösen, sondern weiteren Schaden verursachen können. Sonst hätte man beim atomaren Gleichgewicht des Schreckens bleiben können, das viele wertvolle Mittel band und bindet, die für dringendere Aufgaben nützlich wären (Klimawandel, Pandemie).

Wer, wenn nicht Intellektuelle, sollte in so einer Situation zur Vorsicht mahnen. Dass das nun im Sinne Putins interpretiert wird, ist schon fast genau so perfide, wie dieser Herr selbst. Die Sache ist erhebliche komplexer, denn einerseits kann man die Ukraine (aber auch die eigenen Wertmaßstäbe) nicht im Stich lassen. Andererseits sollte man sich nie vom Gegner das Spiel diktieren lassen, wie jeder Mannschaftssportler weiß. Drittens sind wir mit der durch die

deutsche Geschichte begründeten Maßnahme keine Waffen in Gebiete mit Spannungen zu liefern, verhältnismäßig gut und halbwegs anständig gefahren. Das nun sehr rasch über Bord zu werfen ist problematisch und muss daher öffentlich diskutiert werden.

Die über 140 000 Unterschriften unter dem Brief zeigen, dass die Sehnsucht nach Frieden, das Mitleid mit der Ukraine, oder die Angst vor einem dritten Weltkrieg viele Menschen umtreibt. Sie sind auch ein Auftrag an die Politik: Versucht Frieden zu schaffen!

Was der Krieg lehrt

- Gegen jeden Falschspieler sind Anständige zunächst mal im Nachteil
- Was mit Anständigen funktioniert, Friedenssicherung durch gegenseitige Abhängigkeiten und Zusammenarbeit, funktioniert mit einem Falschspieler nicht
- Die internationale Gemeinschaft hat bis heute keinen Weg gefunden, um Rechtsbrecher in Regierungen wirkungsvoll auszuschalten und zu bestrafen. Ob eine Art „Weltpolizei“ hülfe?
- Dieser Krieg war zu erwarten, spätestens seit 2014 und der Besetzung der Krim und wurde zudem seit Spätsommer 2021 durch den Truppenaufmarsch angekündigt.
- Trotzdem gelang es nicht ihn zu verhindern!
- Die Deutsche Abhängigkeit von Russland war falsch. Sie wurde vermutlich sehr stark aus finanziellen Erwägungen voran getrieben. Die Zeche zahlen jetzt Andere, angefangen von den Menschen in der Ukraine bis hin zu den Verbrauchern in Deutschland und anderswo. So wie man die Gewalten (Gesetzgebung, Rechtsprechung und ausführende Gewalt (Polizei)) im Staat teilt, sollte man auch die Rohstoffquellen so verteilen, dass kein Lieferant fähig wird die anderen zu unterdrücken.
- Möglicherweise hat die deutsche Abhängigkeit Putin auch ermutigt die Ukraine anzugreifen, weil er wusste, wie schwer Deutschland Sanktionen fallen würden.
- Die weltweiten Schäden, die dieser Krieg hervor ruft, vor allem die Hungersnöte ohne den Weizen aus der Region, aber auch bei der Wirtschaft zeigen, wie wichtig es wäre Leuten, wie Putin, bei Zeiten das Spiel zu verderben. Aber wie?
- Es fehlt an weltweiten Mechanismen um den Frieden zu erhalten. Aber das sollte keine Ausrede sein, um in alte kriegerische Muster zu verfallen (wie Putin).
- Es gab und gibt sowohl in Russland als auch in vielen anderen Teilen der Welt Menschen die diesen Krieg verurteilen
- Auch dieser Krieg vernichtet Menschen, Werte und Rohstoffe und schadet damit der ganzen Welt.

Der Bundestag hat sich für die Lieferung Schwerer Waffen entschieden. Die Geschichte wird zeigen, ob das richtig war.

Nun (2.5.2022) kommt heraus, dass der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages bereits im März in einem **Gutachten** gewarnt hatte (zitiert laut Deutschlandfunk¹):

1 <https://www.deutschlandfunk.de/ausbildung-ukrainischer-soldaten-voelkerrechtlich-bedenklich-100.html>

„Die Ausbildung ukrainischer Soldaten an westlichen Waffen kann völkerrechtlich bereits als Kriegsbeteiligung gelten.“

Waffenlieferungen seien völkerrechtlich unbedenklich, solange man sich nicht an Kampfhandlungen beteilige.

Wenn sich die Politik über so eine Warnung hinweg setzt, dann sind mahnende Stimmen um so wichtiger. Das Gutachten warnt mit seiner Aussage davor durch eigenes Handeln völkerrechtlich selbst zum Kriegsteilnehmer zu werden. Genau das aber geschieht bereits durch die Amerikaner, die in Deutschland Ukrainer an Waffen ausbilden und es soll angeblich bei den von Deutschland gelieferten Waffen ähnlich gehandhabt werden. Wenn Kenner der Materie darauf verweisen, dass unter anderem höchst komplizierte, elektronische Geräte geliefert werden sollen, die eine längere Einführung erfordern, dann stellen sich drei Fragen:

1. Sind das die Waffen, die der Ukraine jetzt rasch erlauben sich zu wehren?
2. Dauert die Ausbildung unter Umständen so lange, dass die Waffen vorläufig nicht zum Einsatz kommen?
3. Wären andere Waffen geeigneter der Ukraine zu helfen?

Ob alle, die für die Lieferung Schwerer Waffen gestimmt haben, dieses Gutachten kannten? Ob sie die mit der Lieferung notwendige Ausbildung an den Waffen als mögliche Beteiligung am Krieg erkannten? Zweifel müssen erlaubt sein. Dass die Entscheidung für jeden redlich denkenden Menschen schwer ist, ist keine Frage. Man hat die Wahl zwischen Pest und Cholera. Hilft man über die Schweren Waffen hinaus mit der Ausbildung kann das völkerrechtlich als Kriegsbeteiligung betrachtet werden, und damit ein Schritt in Richtung 3. Weltkrieg sein. Doch was nutzen Waffen, wenn man damit nicht umgehen kann? Man kann fast darauf wetten, dass Putin das Völkerrecht mit Genuss gegen Deutschland anführen dürfte, obwohl er selbst sich nicht an's Völkerrecht hält. Dass Berlin verkündet, es sei überzeugt nicht Kriegsteilnehmer zu werden, wenn man in Deutschland an Waffen ausbildet, mag sein, ist aber zumindest riskant. Auch die Amerikaner sind einst in den Vietnamkrieg hinein geschlittert, als sie erst Militärberater und dann immer mehr Truppen sandten.

Was erschüttert sind Kraftmeiereien von Leuten, oft Männern, die zwar wenig Ahnung haben, aber so tun, als ob man hier nur kraftvoll genug auftreten müsse und schon werde Russland klein begeben. Da kommen die üblichen Sprüche: „Wer Frieden will, muss den Krieg vorbereiten!“ aus dem Lateinischen und aus dem Altgriechischen: „Der Krieg ist der Vater aller Dinge!“ Einige, die das auch behaupteten, sind kläglich gescheitert: Cäsar, Napoleon, Hitler...

Daher ist es gut, dass sich Menschen zu Wort gemeldet haben und darauf hin wiesen, dass ein rascher Waffenstillstand und das Ende des Leids der Menschen das Wichtigste wäre. Demokratie braucht die Debatte. Bei Waffen und deren Lieferanten weiß man zudem selten, wer an ihnen verdient und wo und an wem sie ausprobiert werden. Schon deshalb ist eine grundsätzliche Skepsis gegen Waffen und deren Lieferung geboten. Außerdem entsteht bei der Produktion von Waffen durch die Löhne zwar Kaufkraft, aber kein Gut, das die Arbeitenden kaufen könnten. Waffen fördern daher die Inflation und stellen eine Vergeudung von Rohstoffen und Energie dar.

Außerdem sollte einem bewusst sein, dass auch auf russischer Seite junge Menschen sterben, die zum Teil regelrecht „verheizt“ werden. Es gibt auf beiden Seiten unsinniges Leid.